



# BRH - Nachrichten



Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-Pfalz  
Telefon: 06131/67 63 38

Adam-Karrillon-Str. 62  
Internet: [www.rlp-brh.de](http://www.rlp-brh.de)

55118 Mainz  
E-Mail: [banten@rlp-brh.de](mailto:banten@rlp-brh.de)

**Ausgabe 9**

**Dezember 2017**

## Rückblick auf das Jahr 2017

Sehr geehrte Kolleginnen,  
sehr geehrte Kollegen,

mit diesem Rundschreiben möchte ich mich für dieses Jahr von Ihnen verabschieden.

Nach einem Krankenhausaufenthalt Mitte November bin ich wieder auf dem Wege der Besserung und habe meine Arbeit als Landesvorsitzender wiederaufgenommen. Die noch für dieses Jahr geplante Sitzung der Landesleitung musste aus Termingründen leider in das nächste Jahr verschoben werden. Die beim Landesvertretertag angesprochenen Schwerpunkte, die ich in den letzten BRH-Nachrichten aufgezählt habe, werden die Grundlage für die Arbeit des BRH Landesverbandes sein.

Das Jahr 2017 war in vieler Hinsicht ein turbulentes Jahr und eine Beendigung dieses Zustandes ist noch nicht abzusehen. Erster politischer Höhepunkt des Jahres war die Wahl des neuen Bundespräsidenten. Zum vierten Mal suchte Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Bundespräsidenten, wobei sie mit ihrer Wahl nicht immer vom Glück begünstigt war. Auch bei dieser Entscheidung zögerte sie so lange, bis sie von dem SPD-Kandidaten Frank-Walter Steinmeier überrascht wurde. Nach längerem Zögern und weil ihr kein CDU-Kandidat genehm war, stimmte sie der Kandidatur zu, was zu folgender Schlagzeile führte: „Merkel, Seehofer und Gabriel haben Steinmeier zum Bundespräsidenten gewählt“.

Bedingt durch einige Ereignisse geriet im Frühjahr 2017 auch der Begriff der Pressefreiheit in den Fokus der Öffentlichkeit. So wurde von der ARD ein Terroranschlag nicht gemeldet, weil man die Öffentlichkeit nicht beunruhigen und keine Stimmung gegen Flüchtlinge machen wollte. Oder der Lapsus von mehreren Pressevertretern, die ein NPD-Verbot meldeten, obwohl das Bundesverfassungsgericht anders entschieden hatte. Weiterhin wurde die Frage diskutiert, ob die Polizei ihre Fahndungsmeldungen nach einer Übereinkunft richten sollte, die das Innenministerium u. a. mit den Muslimverbänden abgesprochen hatte.

Für die Beamten in Bund und Ländern interessant war eine Veröffentlichung der Bertelsmann-Stiftung über den Zusammenhang zwischen der beamtenrechtlichen Beihilfe und der privaten Krankenversicherung. Die der Studie zu Grunde liegende Steigerung von 83 % wurde vom dbb und von Fachleuten ebenso als nicht nachvollziehbar angezweifelt, wie die Mehreinnahmen von 15 Milliarden Euro für die gesetzliche Krankenversicherung.

Das damit verbundene Thema "Bürgerversicherung" wird mit Sicherheit einer der Hauptstreitpunkte bei den u. U. bevorstehenden Fraktionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD sein.

Der 60jährige Geburtstag der Europäischen Union im Frühjahr war kein rauschendes Feuerwerk, sondern eine Veranstaltung mit Katzenjammer. Die 28 Staaten zeigten keinerlei Zusammenhalt, die Zerstrittenheit war deutlich spürbar und der Brexit ist bis heute noch nicht verhandelt. Nach den Ereignissen in der vergangenen Woche ist zwar eine Übereinstimmung zwischen dem Kommissionspräsidenten und der britischen Regierungschefin erzielt worden, aber nach Auffassung aller Kommentatoren ist ein vernünftiges Ergebnis nicht erreicht worden. Von grundsätzlicher Bedeutung wäre, wenn die Europäische Union sich um die innere und äußere Sicherheit kümmern würde, wobei das „Schengener Abkommen“ als Beispiel dienen könnte.

Das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 24. September ist uns allen bekannt. Was die führenden Politiker aus diesem Ergebnis gemacht haben ist ein Trauerspiel. Vier Wochen „Sondierungsgespräche“, keine „Koalitionsverhandlungen“ brachten ein wirklich lächerliches Ergebnis. Nachdem zwischen den beteiligten Parteien, die sich zu einer „Jamaika - Koalition“ zusammenschließen wollten, keine Einigung erzielt werden konnte, brachen die Freien Demokraten die Verhandlungen endgültig ab.

Für die Bundeskanzlerin, oft apostrophiert als „mächtigste Frau der Welt“, ist das Ergebnis noch schlechter zu bewerten als das Marktgespräch einer schwäbischen Hausfrau. Die Gesellschaft für deutsche Sprache erklärte das Ergebnis der Sondierungsgespräche unter dem Begriff „Jamaika-Aus“ zum Wort des Jahres 2017. Dieser Begriff stehe nicht nur für die schwierige Regierungsbildung in Deutschland, sondern sei auch sprachlich außerordentlich interessant. Der Name des Staates Jamaika habe in Deutschland eine neue Bedeutung bekommen, weil die Farben seiner Flagge für die gescheiterte schwarz-gelb-grüne Koalition stünden. Mit dem Zusatz „Aus“ werde auch umgangssprachlich auf das erfolglose Ende der Gespräche hingewiesen.

Nach den bisherigen Deutungen der Politiker werden wir wohl bis Ostern auf eine neue Regierung warten müssen.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die sich in diesem Jahr für die Belange des Seniorenverbandes BRH eingesetzt haben, sage ich einfach „vielen Dank“.

Ihnen allen wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2018.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr



Landesvorsitzender

**Impressum:**

Mitgliederinformation des Seniorenverbandes BRH Rheinland-Pfalz für Kreisverbände RLP, Ehrenmitglieder, Funktionsinhaber und Mitglieder

**Angeschlossene Verbände:**

BTB, DPoIG, vlbs, VHW, vlw, Philologenverband im dbb Rheinland-Pfalz

**V.i.S.d.P:**

Landesvorsitzender Hugo Wust, 54296 Trier, Am Weidengraben 106, E-Mail: hugo.wust@t-online.de